



**schlagl.ch**

## Aus der Gewalt aussteigen

Imperialistische Gelüste und Aufrüstung zielen auf Krieg. Stattdessen sollte die Weltgemeinschaft genährt werden, ein gemeinsames Haus mit Raum für alle

Ich bin kein Pazifist, daher fühle ich mich berufen, den Pazifismus zu verteidigen. Ich bin kein Pazifist, weil ich bewaffneten Widerstand manchmal für gerechtfertigt und notwendig halte. Ich bewundere den revolutionären Aufstand 1936 in Katalonien ebenso wie die Bauernarmee von Nestor Machno in der Ukraine (1918 bis 1921), die sich mit Idealismus und Disziplin (kein Plündern, keine Vergewaltigungen, keine Jägerpogrome) jahrelang gegen die überlegenen Kräfte der Weißen Garde und der Roten Armee behauptete. Und ich bin der Überzeugung, dass die Ukraine sich heute verteidigen muss, mit internationaler Hilfe.

Zugleich teile ich die pazifistische Erkenntnis, dass der Krieg per se ein Verbrechen ist, die schlimmste Form von Staatterror. Und das nicht erst, wenn Krankenhäuser bombardiert oder Zivilisten erschossen werden. Dieser Wochen ist viel von Kriegsverbrechen die Rede, zu wenig aber

**Pazifismus bedeutet nicht, sich der Gewalt zu unterwerfen, sondern dieser mit allen Mitteln die Stirn zu bieten**

vom Verbrechen des Kriegs an sich. Die Phrase „völkerrechtswidriger Angriffskrieg“ ist ein Pleonasmus. Krieg ist völkerrechtswidrig (siehe UN-Charta) und ohne einen Angriff gäbe es ihn nicht. Wenn aber der Krieg an sich ein Verbrechen ist, dann muss eine Ethik, die den Namen verdient, Strategien entwickeln, wie man Krieg grundsätzlich verhindern kann. Das haben die Vordenkerinnen des Pazifismus getan.

Ich bin kein Pazifist, weil ich für diese Haltung zu feige bin, denn sie verlangt vom Einzelnen angesichts von Gewalt eine heldenhafte Selbstaufopferung. Gemeinhin wird Pazifismus verwechselt mit Passivität, Eigennutz, Mutlosigkeit. Dabei beinhaltet die Überzeugung von Menschen wie Bertha von Suttner, Mahatma Gandhi und Martin Luther King eine kämpferische Ablehnung von Gewaltbeherrschung an sich. Nicht zuletzt, indem man sein eigenes Wohl und im Extremfall auch sein Leben opfert. Es brauchte in der Geschichte mehr Courage, sich dem Krieg zu verweigern, als mitzumarschieren. Pazifismus bedeutet nicht, sich der Gewalt zu unterwerfen, sondern dieser mit allen Mitteln – Verweigerung, Nötigung, Sabotage, Dissertation (alle Deserteure sollten politisches Asyl erhalten!) – wie Protesten – die Stirn zu bieten. Der Grundgedanke ist einfach: Wir können Gewalt nicht mit gewalttätigen Mitteln überwinden. Wegen einer Rechtfertigung, man sei für den Frieden, aber eben auch für die Menschenrechte, wenn Sinn ergibt, da der Krieg die ultimative Menschenrechtsverletzung ist.

Der pazifistische Blick hat einen anderen zeitlichen Horizont, er verzweigt sich den mörderischen Zwängen, weil er über den historischen Augenblick hinaus ein längerfristiges Ziel verfolgt. Bellizisten hingegen sind Untertanen der Geschichte. Freiheit ist für sie die Einsicht in das Unvermeidliche. Für Pazifisten ist Freiheit der

Ausstieg aus der ewigen Wiederkehr der Gewalt. Das erscheint manchen weltfremd, wie jede utopische Sehnsucht, aber sie ist in sich stimmig und verfolgt eine konsequente Strategie, die keineswegs naiv ist, wenn man von den Erfahrungen der letzten zweihundert Jahre lernt, dass nationalistiche und imperialistische Gelüste, gekoppelt mit Aufrüstung und ideologischem Wahn, eine Gewaltspirale antreiben, die unweglicher in Krieg kulminiert. Dies soll keineswegs das zynische Lavieren der wirtschaftlichen und politischen Eliten Deutschlands verdeutlichen. Wer Blötlip importiert und mit Waffenexport Geld verdient, macht sich mitschuldig. Der Rüstungskonzern Rheinmetall etwa errichtet in Russland ein Gefechtsübungscentrum, ein Auftrag in Höhe von 100 Millionen Euro, aus dem er nach der Annexion der Krim aussteigen musste. Bemerkenswert die damalige Legitimierung: Der Auftrag sei „von besonderer strategischer Bedeutung“, um in den russischen Markt zu drängen. Können wir unseren Wirtschaftsbosnien nicht ein wenig Moral und Profitbescheidung abverlangen? Schon 2011 hätten alle Beteiligten wissen müssen, mit was für einem repressiven Regime sie Geschäfte machen. „Wir haben ein sicherheitspolitisches Interesse an einer modernen russischen Armee, die gut geführt ist“, verkündete Thomas de Maizière damals. Wie wir wissen, ertragen Politikerinnen die eigenen Fehler mit viel Geduld. Wir Bürgerinnen haben hingegen ein sicherheitspolitisches Interesse, Armeen klein und schwach zu halten, erst recht jene von Diktatoren.

Die wichtigste Lektion des Pazifismus ist die Erkenntnis, den Krieg nicht essenziell anders zu behandeln als den Frieden, ihn nicht zu überhöhen als apokalyptisches Endgefecht zwischen Gut und Böse, ein quasireligiöses Narrativ, das zur rhetorischen Grundaussattung jedes Kriegs gehört. Und die moralische Keule der Bellizisten infrage zu stellen, die jede Skepsis an der eigenen Eskalationspolitik stigmatisieren. Denn sie propagieren militärisches Eingreifen selektiv je nach Eigeninteresse. So wurde etwa in Rojava wahrlich Demokratie verteidigt, ohne dass die herrschende Meitungen den Tornister geschultert hätte. Und wenn angeblich zum Schutz der Menschenrechte eingegriffen wurde, etwa in Irak und Libyen, entfachte das Löschen eines Feuers ein Fegefeuer. Es muss schon jedem Einzelnen und somit auch jeder Gesellschaft überlassen bleiben, wie sie Hilfe und Unterstützung gewährt. Gandhi war der Ansicht, dass sich indische Soldaten zum Sanitätsdienst in der britischen Armee melden durften, nicht aber zum Waffengang. Wer mehr als sechshunderttausend Flüchtlinge auf vorbildliche Weise aufnimmt und vielfältige finanzielle Hilfe gewährt, leistet schon einen wichtigen Solidaritätsbeitrag.

Angesichts der Kriegsziele sollten wir die Friedensziele nicht aus den Augen verlieren. Die alte Sicherheitsordnung habe ausgedient, heißt es, dabei ist das Gegen teil wahr – die Militärdührung hat mal wieder ihre hässliche Fratze gezeigt. Das Friedensprojekt der EU hingegen leuchtet um so heller. Anstatt wie manche Hofschranzen das Ende der Weltgemeinschaft auszurufen, sollten wir dies durch Globalisierung von unten anstreben, als gemeinsames Haus mit würdevollem Platz für alle. Das wäre eine wirkliche Zeitenwende.



**Ilija Trojanow** ist Schriftsteller, Weltensammler und Autor zahlreicher Bücher. Im August 2020 erschien sein Roman „Doppelte Spur“ bei Fischer.

**Die Schlagloch-Vorschau**  
18. 5.  
Mathias Greifraß  
25. 5.  
Charlotte Wiedemann  
1. 6.  
Georg Diez  
8. 6.  
Jagoda Marinic

Dominic Johnson über den neuen Nordirland-Streit

## Die Quadratur des Kreises

Erneut eskaliert das Wortgefecht zwischen London und Brüssel über Nordirland. Großbritanniens Regierung erwägt, das Nordirlandprotokoll des Brexit-Abkommens gesetzlich auszuhebeln, um Zollkontrollen beim Warenverkehr zwischen Nordirland und Großbritannien nicht nur in der Praxis weglassen lassen zu können, wie es aktuell schon oft der Fall ist, sondern auch in der Theorie. Die EU-Kommission regt sich fürchterlich auf und droht mit einer Suspendierung des gesamten Post-Brexit-Handelsabkommens mit dem Vereinigten Königreich.

Man könnte fast meinen, es gäbe in Europa sonst keine Probleme. Die britische Regierung steckt aber tatsächlich in der Klemme. Die probritischen nordirischen Unionisten der DUP machen ihre weitere Mitarbeit in der Regionalregierung davon abhängig, dass das Nordirlandprotokoll seiner jetzigen Form verschwindet. Wenn das Protokoll also unverändert bestehen bleibt, wie die EU es verlangt, gibt es keine nordirische Autonomieregierung mehr. Die aber, zwingend als gemeinsame Regie-

lung der beiden stärksten Parteien der irisch-katholischen und probritisch-protestantischen Lager konzipiert, ist das Fundament der Friedensregelung des Karfreitagsabkommens von 1998 – das übrigens kein Wort über den Status der Grenze zur Republik Irland enthält. Dass Sinn Féin, die Irlands Widervereinigung anstrebt, jetzt Nordirlands stärkste politische Kraft ist, ändert daran nichts, im Gegenteil: die DUP-Unionisten verloren den Status der stärksten Kraft nur, weil noch radikalere, gewaltbereite Unionisten ihnen Stimmen wegnehmen. Sie radicalisieren sich jetzt, aber trotzdem müssten DUP und Sinn Féin eigentlich Nordirland weiter gemeinsam regieren.

Die DUP lehnt das Nordirlandprotokoll ab, weil es Nordirlands Status im Vereinigten Königreich verändert. Nun macht sie klar: Entweder es gibt das Nordirlandprotokoll oder eine Nordirlandregierung. Nicht beides. Ohne Regierung ist das Karfreitagsabkommen langfristig Makulatur. Ist das Protokoll wirklich wichtiger?

**ausland 10**

Katrin Gänslor über die Mandatsverlängerung in Mali

## Ein Zeichen gegen Wagner

Es klingt unverständlich, weshalb die Bundeswehr in Mali bleibt, Frankreich seine Soldat\*innen aber abzieht. Es handelt sich jedoch um zwei unterschiedliche Missionen, die sich zwar in Teilen unterstützen, aber unabhängig voneinander bestehen können, auch wenn sich die UN-Mission Minusma künftig neu organisieren muss.

Es ist richtig, wenn deutsche Soldat\*innen weiterhin ein Teil dieser sind. Trotz aller Kritik – und überzogener Erwartungen – sind zumindest die Städte Timbuktu und Gao sicherer geworden. Eine Schwächung des Blauhelmsatzes könnte das schnell ändern. Dass sich die Sicherheit allerdings nicht in die ländlichen Regionen ausbreitet hat, liegt weniger an der Minusma, sondern am Versagen des malischen Staates. Er ist schlicht nicht präsent. Ohnehin ist eine Stabilisierungsmission stets nur ein Teil eines komplexen Lösungsansatzes. Selbstverständlich müssen auch weitere Strategien wie Gespräche mit den Konfliktparteien folgen. Gerne wird vom gefährlichsten Einsatz der Bun-

deswehr weltweit gesprochen. Tatsächlich sind bisher zwei deutsche Soldaten ums Leben gekommen; 2017 bei einem Hubschrauberabsturz durch technisches Versagen. Es sind vielmehr Armeangehörige anderer Nationen, die sterben. Grund dafür ist, dass sie viel schlechter geschützt und ausgestattet sind. Mit UN-Einsätzen finanzieren beispielsweise westafrikanische Staaten teilweise ihre Verteidigungshaushalte. Sie allein zu lassen wäre unfair.

Natürlich ist die malische Militärregierung unter Assimi Goïta nicht die Partnerin, die man sich wünscht. Seit dem Putsch von 2020 hat die Gewalt nach Informationen von ACLED, einer nichtstaatlichen Organisation, die Daten zu Konflikten weltweit erfasst, sprunghaft zugenommen. Ein Termin für freie Wahlen ist bis heute nicht in Sicht, und die Militärs halten sich lieber an die Russen, was die Präsenz der Soldaten der Gruppe Wagner deutlich macht. Deshalb hat ein Ja zur Mandatsverlängerung auch einen symbolischen Wert: Russland darf in Westafrika nicht das Feld überlassen werden.

**ausland 10**

Susanne Knaul über den Tod einer Reporterin im Westjordanland

## Nicht vorschnell urteilen

Palästinenserpräsident Mahmoud Abbas vergebete keine Zeit, um Israel für den Tod der Al-Jazeera-Reporterin Shireen Abu Akleh verantwortlich zu machen. Von einem „hässlichen Verbrechen“ sprach der Palästinenserpräsident. Und auch Amnesty International war rasch dabei, die Schuld beim Besatzer zu suchen. Kaum dass der tote Körper erkaltet ist, kocht der Kampf um die öffentliche Meinung hoch. Doch ob es israelische Soldatinnen waren oder PalästinenserInnen, die den Finger am Abzug hatten – sicher ist, dass Abu Akleh nicht gezielt getötet wurde, sondern Opfer einer in die Irre geleiteten Gewehrkugel war. Keine der beiden Konfliktparteien kann Interesse an ihrem Tod gehabt haben.

Israels Regierungschef Naftali Bennett reagierte mit Bedacht. Er bedauerte den Tod der Journalistin, stellte aber umgehend die Möglichkeit in den Raum, dass Abu Akleh durch eine palästinensische Kugel getötet wurde, und forderte zu einer Untersuchung auf. Die palästinensische Seite sollte dies zum zustimmen, will sie glaubwürdig an ihrer Version festhalten. In jedem Fall ist Bennetts Vorschlag ein

schlauer Schachzug, denn er gewinnt damit entscheidende Zeit. Selbst wenn sich nächste Woche oder vielleicht erst nächsten Monat mit Sicherheit sagen lässt, dass doch ein israelischer Soldat die tödliche Kugel abgeschossen hat, dann dürfte bis dahin das allgemeine Interesse an dem Fall deutlich abflauen.

Bennett mag der Tod des 12-jährigen Mohammed al-Dura in Erinnerung sein. Der Junge war zu Beginn der Zweiten Intifada vor laufenden Kameras im Gazastreifen erschossen worden. Ehud Barak, damals israelischer Regierungschef, entschuldigte sich und räumte damit die Schuld der israelischen Armee für den Tod des Jungen ein. Die erschreckenden Fernsehaufnahmen ließen weltweit und vor allem in den besetzten Palästinensergebieten wieder und wieder über den Bildschirm. Sie durften entscheidend zu Terror und Militärgewalt, die unmittelbar folgten, beigetragen haben. Erst Jahre später kamen Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass al-Dura genauso gut Opfer einer palästinensischen Kugel gewesen sein konnte. Jahre zu spät.

**ausland 10**